

Es gilt das gesprochene Wort!

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Fraktion DIE LINKE

23.03.2023

MdL Steffi Pulz-Debler

TOP 22

a) Beratung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Landkreise und kreisfreie Städte kurzfristig entlasten, Unterbringungskapazitäten des Landes temporär erhöhen und Zugang zu Sprachkursen erleichtern

- Drucksache 8/1926 -

in Verbindung mit:

b) Beratung des Antrages der Fraktion der CDU

Kommunen unterstützen, irreguläre Migration begrenzen – Flüchtlingskrise entschieden begegnen

- Drucksache 8/1929 -

in Verbindung mit:

c) Beratung des Antrages der Fraktion der FDP

Einsetzung einer Enquete-Kommission „Chancen der Zuwanderung erkennen und Nutzen“

- Drucksache 8/1942 -

in Verbindung mit

d) Beratung des Antrages der Fraktion der FDP

Reguläre Migration stärken, irreguläre Migration verhindern – Zentrale Rückkehrkoordinierungsbehörde aufbauen

- Drucksache 8/1944 -

in Verbindung mit:

e) Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und DIE LINKE

Geflüchteten Schutz bieten – Kommunen schützen – Die Willkommenskultur in Mecklenburg-Vorpommern stärken

- Drucksache 8/1946 –

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
meine Damen und Herren,

es wurde schon viel Richtiges und Wichtiges und einiges Unmögliches und Schöbigen in der heutigen Debatte gesagt über Maßnahmen, die schon getroffen wurden oder demnächst getroffen werden oder zeitnah folgen müssen. Meine Fraktion und ich, wir, sehen die Menschen mit ihren Ängsten und Sorgen in unserem Bundesland, doch gleichzeitig sind wir auch in Sorge über die Umstände, denen Menschen auf der Suche nach Schutz bei uns begegnen, nachdem sie ungeheuerliche Fluchtwege auf sich genommen haben. Diese Menschen sind nicht geflohen, weil ihnen einfach mal gerade danach war, sie haben die größten Risiken auf sich genommen für ein Leben in Sicherheit, welches ihnen in ihrem Heimatland genommen wurde.

Frau Präsidentin,
Damen und Herren Abgeordnete,

ich stelle mir die Frage, was würden Sie tun:

Wenn Ihre Heimat, Ihre Stadt, Ihr eigenes Haus und Ihre Familie nicht mehr sicher ist?

Was würden Sie tun:

Wenn die Strom- und Wasserversorgung beschädigt ist. Straßen, Schulen, Krankenhäuser zerstört, der Unterricht für Ihre Kinder in Bunkern stattfinden muss und die medizinische Versorgung nicht mehr gewährleistet ist?

Was würden Sie tun:

Wenn Sie Ihre Kinder hungern sehen, weil Ihnen Ihre Lebensgrundlage genommen wurde?

Was würden Sie tun:

Wenn Dürrekatastrophen, wenn Überschwemmungen, wenn Erdbeben ihre Heimat zerstört haben?

Was würden Sie tun:

Wenn Sie miterleben müssten, wie Ihre Freunde oder Familienangehörige hingerichtet werden?

Was wäre Ihr Weg, Ihren Liebsten das Menschenrecht auf ein Leben in Freiheit und Unversehrtheit zu ermöglichen?

Frau Präsidentin,
Damen und Herren Abgeordnete,

ich möchte für mich und meine Fraktion feststellen, dass Flucht kein Verbrechen ist.

Als Folge von Macht-, Rohstoff- und Profitgier begeben sich Menschen auf die Flucht, in der Hoffnung auf ein besseres Leben, in der Hoffnung zu überleben. Ich möchte für mich und meine Fraktion weiter feststellen, dass die Debatte über irreguläre oder reguläre Migration die Tatsache verwischt, dass die meisten Menschen auf der Suche nach Schutz ohne legalen Aufenthaltsstatus Teil der gesellschaftlichen Realität sind – und das überall – auch in den EU-Mitgliedsstaaten. Diesen rechtlichen Status haben sich Migrant*innen in der Regel nicht selbst gewählt oder diesen angestrebt. Das Abdriften in die Illegalität ist unter anderem ein Resultat der Abschottungspolitik der letzten Jahrzehnte, in denen die EU-Staaten reguläre Einreisemöglichkeiten sukzessive abgebaut und gleichzeitig ihre Außengrenzen durch immer schärfere Kontrollen versuchen undurchlässiger zu machen.

Auch jetzt sind die Stimmen laut, die fordern, Europas Grenzen mit noch mehr Zäunen und Mauern zu schützen und die Abschiebungen als die Lösung des Problems propagieren. Ich finde das alarmierend, weil hier Menschenrechte völlig ausgeblendet werden, völkerrechtswidrige Zurückweisungen, die Gewalt an Europas Grenzen und das tägliche Sterben im Mittelmeer keine Rolle mehr in der Debatte spielen.

Frau Präsidentin,
Damen und Herren Abgeordnete,

in unserer Gesellschaft wie auch in den Parlamenten ist mitunter die Grenze des Unsagbaren überschritten worden und das Unsagbare ausgesprochen. Ich bin mir jedoch sicher, dass die überwiegende Mehrheit der Menschen in diesem Land nach wie vor zu Recht und Gesetz und zu Solidarität und Menschlichkeit stehen. Deshalb braucht es eine vorausschauende Politik mit Folgeabschätzungen. Die Frage in welcher Gesellschaft wir leben wollen und das Anerkennen der Tatsache, dass Deutschland ein Einwanderungsland mit einer migrantischen Gesellschaft ist, sollte die Grundlage der Diskussion und unseres Handelns sein.

Lassen Sie uns menschliche Wege für die Probleme dieser Zeit finden. Lassen Sie uns gemeinsam darüber nachdenken, wie diese Lösungen aussehen könnten und dieses offen und ehrlich kommunizieren. Ich bin überzeugt, dass die Zerstörung der Natur und die Zerstörung des Zusammenhaltes und die Entmenschlichung unserer Gesellschaft nicht die Lösung sind.

Danke, wenn Sie das auch so sehen.